



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

August 08

Einladung zum Bezirksmitgliedertreffen

am Mittwoch, den 27. August um 19.00 Uhr

im Gemeinschaftsraum Drachenbau – Schmilinskystr. 6a

Liebe Genossinnen und Genossen,
Ein Volksbegehren soll Wirklichkeit werden!

„Eine Schule für alle“

Wie in unserem Landeswahlprogramm verabschiedet tritt DIE LINKE. Hamburg für die Volksinitiative ein, die ein einheitliches Bildungssystem von der Vorschule bis zur beruflichen Bildung zum Ziel hat. Um uns auf die Unterschriftensammlung, die vom 19.09. bis 09.10. läuft, mit guten und richtigen Argumenten auszustatten haben wir die Genossin **Karin Haas** vom geschäftsführenden Landesvorstand **als Referentin** eingeladen.

Karin hat maßgeblich an der inhaltlichen Fassung des Flugblattes „13 Gründe für

eine Schule für alle“ und dem Text in unserem letzten Rundbrief des Landesvorstandes gearbeitet.

Als zweites Thema haben wir die „Hamburger Tafeln“.

Unsere Bezirksvertreterin im Landesvorstand Beate Rau wird uns zur Problematik berichten. Es liegt im Anhang dieser Ausgabe des Mittenmang auch ein entsprechender Beschlussantrag von ihr vor.

Auf eine rege Beteiligung an den beiden Aussprachen hoffend, wohl wissend, dass nur die Tat uns Beine macht; aber bitte doch auch mit guten Argumenten.

Tilman Rosenau

Redaktionsschluss für die September-Ausgabe:
Sonntag, 31.08.2008

Es gilt weiter: Schreibt massenhaft! Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden.

Die **Mailadressen** sind:

Tilman Rosenau Tilman.Rosenau@tele2.de

Bernhard: stietz-leipzig@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipzig, Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt

Einladung Mitgliedertreffen	S. 1
Bericht vom 9. Juli	S. 2
Aus der Geschäftsstelle	S. 2
Autofreier Sonntag Lange Reihe	S. 3
Lärmschutz Elbinsel	S. 4
Grenze zwischen Markt und Politik	S. 5
Liberalisierungsgrenzen im ÖPNV	S. 5
Nachhaltigkeit von links	S. 6
Termine/Kontakt ...	S. 9
Anhang: Antrag zu Tafeln	

Mitgliederversammlung am 9. Juli, Bericht

Liebe Genossinnen und Genossen,
bei der letzten Mitgliederversammlung am 9. Juli haben wir uns in unserem ersten Tagesordnungspunkt eine neue Geschäftsordnung für die Bezirksmitgliederversammlungen gegeben. Mit 19 Ja-Stimmen bei 6 Enthaltungen wurde nach einer über einstündigen Diskussion der eingebrachten Änderungsvorschläge das Gesamtpaket angenommen. Damit hat sich der Bezirk eine Rahmengesäftsordnung gegeben. Wir hoffen, euch in der nächsten Ausgabe des Mittenmang den genauen Wortlaut als Anhang mitliefern zu können.

Zum anderen hat die Versammlung den noch offenen Platz auf der Frauenliste für die Delegiertenmandate des ersten ordentlichen Landesparteitags vergeben. Die Genossin Kerstin Fremder-Sauerbeck wurde einstimmig gewählt. Herzlichen Glückwunsch Kerstin!

Nachdem es wieder einmal eine langatmige Diskussion über die Tagesordnung gab, die letztendlich den anwesenden Mitgliedern und Gästen nichts weiter als Zeit für die politische Debatte geklaut hat, hat sich die Versammlung für die Version des Vorstandes entschieden, und nach dem Verlauf der Sitzung in weiser Flexibilität dem Zeitbudget des Abends angepasst. Die Diskussion über den Koalitionsvertrag in Mitte von SPD und GAL wurde auf den 23.07. verschoben. Die „Hamburger Tafeln“ sollen zusammen auf einem Treffen durch und für (+ allen Interessierten) der Hartz IV – Betroffenen Parteimitgliedern im Bezirk problematisiert werden.

Nach der Pause haben zunächst Kristian und Christine – unsere beiden Parteitagsdelegierten – einen Bericht vom Bundesparteitag in Cottbus gegeben. Im Anschluss gab es eine qualifizierte Aussprache, in der auch die Anträge unseres Bezirks gewürdigt wurden. Posi-

tiv nahmen wir zur Kenntnis, dass eine Reihe unserer Änderungsvorschläge des Leitantes angenommen wurden; die anderen Passagen große Zustimmung fanden.

Im Anschluss daran stellte Berno Schuckart die Volksinitiative „Eine Schule für alle“ vor. Auch hier kam es zu einer sehr interessanten und durchaus kritischen Aussprache. Es wurde vereinbart, dass der Bezirk zu dem Thema ein eigenes Treffen anbieten wird. Mittlerweile ist dafür der 27.08. 19.00 Uhr – wieder im Drachenbau - fixiert worden. Als Gastreferentin konnten wir das Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes Karin Haas gewinnen. Karin hat auch den Beitrag des letzten Rundbriefs des Landesverbandes und die 13 Thesen verfasst. Bitte lest die Informationen noch einmal durch und beteiligt euch an der Initiative! Das offene Mitgliedertreffen wird sicher eine gute Gelegenheit sein sich darauf einzustimmen.

Als letzte Punkte konnten noch kurz die Veranstaltung der LAG Grundrechte und Demokratie in Abstimmung mit dem geschäftsführenden Landesvorstandes zur Wahlrechtsinitiative des Vereins „Mehr Demokratie“ und dem Referenten des Vereins Manfred Brandt behandelt werden. Das Gastmitglied Britta – die schon für ein bisschen Aufmerksamkeit bei der Frage des Rederechts für Gäste bei der GO-Diskussion gesorgt hatte – stellte ihren Vorschlag ein Straßenfest im Sonnenland zu organisieren vor.

Die Versammlung verabschiedete die Unterstützung des Bezirksverbandes für den Antrag von Gunhild zur Demo „Für die Gebührenfreiheit“ zur Abschaffung der Studiengebühren am 15.07.

(Stand: 22.07.2008)

Tilman Rosenau

Aus der Geschäftsstelle

Liebe Genossinnen und Genossen,
Im Juli und August ist die Bezirksversammlung in den Sommerferien. Das heißt nicht, dass keine Politik auf bezirklicher Ebene mehr gemacht wird. So tagen der Hauptausschuss und der Bauausschuss auch in diesen Monaten. Der Hauptausschuss nimmt in dieser Zeit die Aufgaben der Bezirksversammlung (eingeschränkt) wahr und die Angelegenheiten der

Unterbauausschüsse werden vom Bauausschuss wahrgenommen.

Im Dienste der Bürger

Zur Zeit läuft ein Antrag des Genossen Ronald Wilken zum LKW-Verkehr auf dem Finkenrieker Hauptdeich in Wilhelmsburg.

Des Weiteren hat Ronald Anfragen zur Einlagerung belasteten Bodens zwischen dem Con-

tainerbahnhof Wilhelmsburg und der Kornweide gestellt, wo ein Lärmschutzwall errichtet werden soll. Ebenfalls laufen Anfragen zum „Schröderschen Hof“ in Obergeorgswerder und zur Personalsituation der Wegewarte im Bezirk Hamburg-Mitte.

Internetauftritt

Endlich können sich alle rund um die Fraktion der LINKEN in der Bezirksversammlung auch im Internet informieren. Noch ist zwar nicht alles so eingerichtet wie wir uns das vorstellen, aber ein erster Aufschlag ist getan.

Die Seiten sind unter <http://www.linksfraktion-hamburg-mitte.de/> einzusehen.

Fraktions- und Abgeordnetenbüros

Wie ihr wisst, haben wir in der Borgfelder Straße zwei Büroräume angemietet, wobei das eine zum Bürgerbüro unseres Bürgerschafts-abgeordneten Joachim Bischoff, das andere zur Fraktionsgeschäftsstelle der Bezirksfraktion Mitte eingerichtet wird. Derzeit sind mehrere GenossInnen dabei, die vier Räume gebrauchsfertig zu renovieren. Da sich hier zuvor ein Imbiss befand, sind doch allerlei Arbeiten zu verrichten. Vor allem Beate Rau hat hier bis jetzt reichlich fachfräuliche Fähigkeiten

bewiesen und wird das in kollegialer Weise auch mit den anderen Helfern weiterführen.

Die Telefonanschlüsse sind bestellt, aber leider noch nicht montiert. Wir haben uns wie der Bezirk Bergedorf (wer ist hier eigentlich der wahre Osten Hamburgs?) für den atomstrom-freien Anbieter „Elektrizitätswerke Schönau“ entschieden. Bei den Arbeiten ist uns aufgefallen, dass doch eine Menge Menschen sich an den mit zwei großen Ladenfenstern versehenen Büros vorbei bewegen. Das gibt Hoffnung, dass nach der Eröffnung – Anfang August soll es soweit sein – der eine oder die andere in unsere Räume „verirrt“. Nicht uninteressant ist auch, dass in zwei benachbarten Ladenräumen ein Bäcker und ein Café eröffnet werden sollen.

Geschäftsführeralltag

Nicht das ihr glaubt, dass es mir langweilig wird, wenn die Hälfte der Fraktion im Urlaub und die Ausschussarbeit nur eingeschränkt zu „überwachen“ ist. Die Vorarbeiten für ein funktionierendes Büro und eine reibungslose Arbeit für die Fraktion sind mit vielen kleinen Organisationsaufgaben noch lange nicht abgeschlossen. Zum Glück gibt es aber auch viele GenossInnen, die mir mit Erfahrungen, Tipps und Hilfen zur Seite stehen. Dafür hier schon mal meinen Dank!

„Autofreier Sonntag“ auf der Langen Reihe:

Alle wollen Shared Space*???

Am 20. Juli war mal wieder „autofreier Sonntag“ in Hamburg. Es sollen ja tatsächlich ein paar Autos weniger gefahren sein – weil an dem Tag die HVV-Nutzung kostenlos war?!

Auf der Langen Reihe war es wirklich ruhig, denn die war eine der Straßen in Hamburg, die für Festivitäten und Informationen gesperrt waren. Höhepunkt und Abschluss des Tages war eine Podiumsdiskussion zum Thema „Shared Space“ (gemeinsam genutzter Raum). Auf dem Podium: Anja Hajduk, GAL, zuständige Senatorin, Oliver Neal, GAL, Anwohner der Langen Reihe, Markus Schreiber, SPD, Bezirksamtsleiter, Helmut Voigtland, SPD, Vorsitzender des Bürgervereins. Der Einwohnerverein war nicht vertreten, weil der Vorsitzende in Urlaub ist und es offenbar zu aufwändig gewesen wäre, jemand anders anzurufen. Parteien waren nicht geladen (?). Bis auf den Vertreter des Bürgervereins, der die Bedenken der Gewerbetreibenden und auch einiger Anwohner

vortragen durfte, waren alle einig: Shared Space für die Lange Reihe ist eine tolle Sache und sollte schnell umgesetzt werden.

Johannes Landwehr, Vertreter des Einwohnervereins, nutzte dann die Gelegenheit der Publikumsrunde, um doch noch die Bedenken des Vereins im Hinblick auf weitere Aufschickung, Zurichtung auf Touristenbelange und letztlich weitere Mieterhöhungen/Vertreibungen vorzutragen. Ich hatte Gelegenheit, für die LINKE ebenfalls Bedenken anzumelden und darauf hinzuweisen, dass der Stadtteilbeirat andere Straßen als die Lange Reihe vorgeschlagen habe.

War die Senatorin durchaus aufmerksam und schien die Argumente zu hören, warf sich der örtliche GAL-Sprecher Neal für die schnelle Umsetzung ins Zeug und erklärte alle Bedenken für überflüssig. Er wolle die Umwandlung letztlich für sich und seinen Blick aus dem Kü-

chenfenster – die Aufschickung und Mietpreiserhöhungen fänden ja sowieso statt und es sei sinnlos, dagegen etwas tun zu wollen. So viel zum Thema Bündnispartner GAL beim Erhalt preiswerten Wohnraums.

Der Herr Bezirksamtsleiter möchte vor allem schnell (noch vor Eimsbüttel!) ein Projekt „Shared Space“ für Mitte umsetzen – es muss nicht die Lange Reihe sein.

Man muss sich allerdings fragen, ob nicht die Entscheidung längst gefallen ist. Schon im vergangenen Jahr berichtet das Abendblatt von einer Veranstaltung zur Vorstellung des Konzepts, dass die St. Georger ganz heiß auf die Umsetzung seien – obwohl sehr viele Bedenken und Kritik geäußert worden waren.

* *Shared Space: Beruht auf einer Idee des Niederländers Hans Mondermann, bisher umgesetzt in den Niederlanden und in der Kleinstadt Bohmte bei Osnabrück. Straßenräume werden so verändert, dass alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt den Raum nutzen – es gibt keine Ampeln und keine Schilder, jeder*

muss sich mit jedem verständigen. Mondermann hat seine Idee vor einem Jahr recht überzeugend in St. Georg vorgestellt – allerdings auf Nachfrage auch ganz naiv mitgeteilt, dass die betroffenen Straßen attraktiv für Touristen wurden und die Mieten für Anlieger um ca. 50 % gestiegen seien.

Bernhard Stietz-Leipzig



LitfaßsäulenretterInnen am 1.7.2008

Lärmschutz für Wilhelmsburg nur ein Lippenbekenntnis?

Im Koalitionsvertrag ist der Lärmschutz ein Thema der Koalition. Laut der EU-Umgebungsrichtlinien wird für Hamburg ein Kataster erstellt. Danach zählt der Bezirk HH-Mitte zu den am meisten belasteten Gebieten. Hier vor allen Dingen die Belastungen durch den Hafen und der Industrie. Durch den Sprung über die Elbe sowie IGS und IBA werden weitere Lärmbelastungen hinzukommen.

In einem Leitfaden für Hamburg vom Januar 2008 zur Aufstellung des Lärmaktionsplans ist Wilhelmsburg nicht als Belastungsraum aufgeführt. Hier eine kleine Auswahl der Lärmbelastungen, die bereits jetzt schon vorhanden sind: Die hohe Tag- und Nacht-Belastung auf den Bahnstrecken. Der nicht zumutbare Durchgangsverkehr durch die A 1, A 252, A 253 und die Wilhelmsburger Reichstraße. Der Schwerlastverkehr durch die Wohngebiete wird erst gar nicht in dem Lärmaktionsplan erwähnt. Auch der permanente Lärm durch Hafen und den Hafenhöfen fehlt. Gewollt oder nicht gewollt, auch der Industrie- und Gewerbelärm findet keine Berücksichtigung in diesem Leitfaden.

Man fragt sich, warum der Lärm beim Senat und in den Bezirken so eine untergeordnete

Rolle spielt. Aber es ist ja nicht nur der Lärm an sich, sondern auch die gesundheitsschädlichen Folgen durch Industrie-, Gewerbelärm sowie Straßenverkehr.

Die Beschwerden über die Lärmbelastung, für die bisher das Bezirksamt Harburg zuständig war, sind anscheinend nicht an das Bezirksamt Mitte weitergeleitet worden. Wie sonst kann so ein katastrophaler Lärmaktionsplan für Wilhelmsburg an die Öffentlichkeit kommen. Absicht will man dem Senat ja nicht unterstellen, oder will man die Wilhelmsburger Bevölkerung im Hinblick auf das, was da ohnehin noch durch IGS und IBA auf sie zukommt, einfach nicht beunruhigen? Da kennt der Senat aber nicht die Wilhelmsburger BürgerInnen, denn im Kampf gegen nicht hinnehmbare Zustände haben sie in der Vergangenheit gezeigt, dass Protest zum Erfolg führen kann (z.B. Müllverbrennungsanlage und Verhinderung des Kraftwerks bei der Affi).

Die Wilhelmsburger erwarten, dass der Senat bei seinem Lärmaktionsplan die Wilhelmsburger nicht ausgrenzt und mit berücksichtigt.

Ronald Wilken

Wo ist die Grenze zwischen Markt und Politik?

Unser Genosse Willi hält die Öffentlichkeitsarbeit der Partei in Billstedt hoch. Doch nicht jedem ist dies recht. Willi: „Ich stand heute wieder - ähnlich den Zeugen Jehovas, nur mit der roten Die-Linke.-Tasche und den Flugblättern "Kein Giftmüll nach Kirchsteinbek" in der Hand, ohne einen Menschen anzusprechen - unter dem Vordach des Einkaufszentrums am Rande des, auf dem oder vor dem Markt(es), ohne zu wissen, ob es Marktgelände ist und ohne das Wochenmarktgesetz zu kennen. Da kommt Oberkommissar Schimmelpfennig, und sagt mir, dass politische Handlungen auf dem Wochenmarkt verboten sind. Wir haben extra ein Wochenmarktgesetz. "Gut," sagte ich, „dann packe ich meine Sachen“, und ging. Er setzte seinen Weg ins Einkaufszentrum fort. Ich stand ungefähr dort, wo Frau Raßmann-Kaden damals eine verfassungsfeindliche Tätigkeit von mir erkannte, als ich Menschen während des Wochenmarktes ansprach für eine Unterschrift für "Mehr Demokratie". Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem Nachbarn nicht gefällt. Ich will doch auch auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.“

Es ist ja nicht zu erkennen, wo die Grenze zwischen Marktgelände, öffentlichem Grund und Einkaufszentrum verläuft. Herr Krogmann, Regionalbeauftragter des Bezirksamtes, rief, nachdem Willi ihm auf Band gesprochen hatte,

zurück. Er meinte, der Herr Schimmelpfennig "sei etwas übereifrig" gewesen, er könne dort stehen und die Informationen anbieten. Es gibt kein Marktgelände. Das übergeordnete Recht ist der öffentliche Grund, auf dem auf einem Teil die Marktordnung gilt. Ein Wochenmarktgesetz ist ihm nicht bekannt. Herr Krogmann verwies auf Frau Raßmann-Kaden, welche Pläne habe und genau wisse, wo die Grenze verläuft zwischen dem Teil des öffentlichen Grundes, wo die Marktordnung gilt und wo nicht. Aber die Dame war sehr frech am Telefon und verwies ihn an Herrn Krüger vom Verbraucherschutzamt, den er noch nicht erreichte.

Auch ein Herr Tal - der Vizepräsident der Marktleute - zu dem sich Willi durchfragte, sagte, eine ausgesprochene Marktordnung kenne er nicht. Aber im § 67 der Gewerbeordnung sei etwas zur Marktordnung gesagt. Willi wartet jetzt auf eine Antwort dazu aus der Wirtschaftsbehörde.

Weiter Willi: „Ich lasse mich nicht von Herrrn Schimmelpfennig vom Boden der FDGO kampflos vertreiben. Ich arbeite an seiner Belehrung durch seinen Vorgesetzten. Ich hoffe, dort bald wieder völlig rechtsstaatlich mit den Informationen stehen zu können.“

Fortsetzung in der nächsten Mittenmangausgabe

Die Folgen der Liberalisierung im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Eine Antwort des Sprechers der Wilhelmsburger Basisgruppe Torsten Abramczyk auf den letzten BürgerInnenbriefartikel von Joachim Bischoff (Nr. 7 v. 14.7.)

Seit Monaten steht die Privatisierung der Deutschen Bahn mit den zu erwartenden negativen Folgen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Auch der letzte BürgerInnenbrief beschäftigte sich damit. Durch die Fokussierung auf den Börsengang der DB wird leicht übersehen, dass dies nur ein (kleiner) Teil einer europaweiten neoliberalen Verkehrspolitik ist, die auf Kostenreduktion durch internationalen Wettbewerb setzt. Die Liberalisierung und Öffnung des Nahverkehrsmarktes ist in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern bereits weit fortgeschritten.

Die Bundesländer können Nahverkehrsleistungen europaweit ausschreiben (was die meisten auch tun) oder „freihändig“ an Unternehmen vergeben. Die Länder erhalten vom

Bund jährlich ca. 6,6 Milliarden € für den Regionalverkehr, hinzu kommen dann noch die Mittel, die die Bundesländer selbst beisteuern. Es handelt sich also um ein „nettes Sümmchen“, für das sich mittlerweile auch „Global Player“ interessieren. Neben der Deutschen Bahn sind die Konzerne Arriva und Veolia, um nur zwei weitere zu nennen, aktiv.

Ein bedeutender nationaler „Player“ ist die Hamburger Hochbahn (nach der DB zweitgrößtes Nahverkehrsunternehmen), die gemeinsam mit der australischen Infrastrukturinvestmentfirma Babcock & Brown die Gesellschaft BeNex GmbH betreibt. Die BeNex hält Beteiligungen im Schienenpersonennahverkehr am Metronom (Niedersachsen), Ostdeutsche Eisenbahn (MVP, Brandenburg), Nord-

bahn (Schleswig-Holstein) und Cantus (Nordhessen). Darüber hinaus ist BeNex auch im Busgeschäft aktiv. Ihr gehört der FBG Fulda und sie hält Beteiligungen an der Kieler Verkehrsgesellschaft und am Stadtverkehr Lübeck.

Auf der Homepage der Hamburger Hochbahn kann man dann zum Thema BeNex lesen:

*„Mit der Beteiligung an Ausschreibungsverfahren, mit Kooperationen und Akquisition von etablierten Verkehrsunternehmen wird die BenNex ihren Expansionskurs weiter fortsetzen. Dabei profitiert sie (...) von der **Restrukturierungserfahrung** der Hochbahn (...) und zählt zu den **wirtschaftlichsten** kommunalen Verkehrsunternehmen.“*

Dies kurze Zitat zeigt schon, welche Ziele verfolgt werden und wer hier die Zeche zahlt, nämlich die Beschäftigten, deren Bedingungen sich weiter verschlechtern und langfristig die Kunden, die höhere Preise zahlen müssen.

Ein gutes Beispiel für die Auswirkungen des aggressiven Wettbewerbs ist Schleswig-Holstein. Hier konkurrieren die Autokraft (Tochter der DB) und die Hamburger Hochbahn mit ihren Beteiligungen und Untergesellschaften miteinander. Da es nicht mehr reicht, die Kosten dadurch zu senken, dass neuen MitarbeiterInnen geringere Gehälter gezahlt werden, werden Subunternehmer beauftragt, um eigenen Tarifvereinbarungen zu umgehen und den FahrernInnen Niedrigstlöhne zu zahlen.

Aber auch im Schienenpersonennahverkehr zeigen sich die Folgen. Hier konkurrieren die DB, deren Marktanteil in den letzten Jahren drastisch nach unten gegangen ist, mit Veolia (Nord-Ostsee-Bahn; fährt an der Westküste) und der Hochbahn (Nordbahn; fährt zwischen Bad Oldesloe und Neumünster) sowie der AKN. In Schleswig-Holstein gab es dann 2005 auch die erste Insolvenz. Die Flex AG lag hier

mit den ausgehandelten Entgelten sowie überhöht kalkulierten Fahrgastzahlen daneben.

Die Kürzung der Regionalisierungsmittel durch den Bund verschärft den Wettbewerb und verschlechtert das Angebot, denn die Länder müssen entweder den Anteil der Eigenmittel erhöhen (eher unwahrscheinlich) oder Leistungen abbestellen oder auf die kostengünstigsten Anbieter setzen.

Im BürgerInnenbrief wird kritisiert, dass Hamburg zu hohe Entgelte an die S-Bahn zahlt, zu wenig gegen die Monopolstellung der DB getan hat und es versäumt hat, andere Anbieter ins Boot zu holen. Sicherlich gibt es andere Anbieter, die billiger sind, aber es kann nicht in unserem Interesse sein, in einen derartigen Wettbewerb einzusteigen, denn die Einsparungen werden von den Beschäftigten getragen. Es lassen sich nämlich im Allgemeinen über den Fahrzeugeinkauf oder die festen Trassen- und Stationsentgelte keine Preisvorteile erzielen. Auch die Renditeerwartung dürfte bei allen Unternehmen in ähnlichen Dimensionen liegen. Bleiben die Personalkosten. Vorsicht ist also geboten, damit wir nicht in „schlechte (=neoliberale) Gesellschaft“ geraten.

Die von Joachim Bischoff skizzierte Alternative eines Fahrzeugpools im Besitz der Hansestadt wäre eine Option. Dabei dürfen wir es aber nicht belassen. Es geht darum, ein deutliches Zeichen zu setzen, dass wir keinen Wettbewerb zu Lasten der Beschäftigten und der Kunden wollen. Wir brauchen also ein Gesamtkonzept, dass statt einseitiger Kostenfixierung den ökologischen Erfordernissen und den Interessen der Bürger und Beschäftigten gerecht wird. Kurzfristig kann ein genauerer Blick auf das Geschäftsmodell der Hamburger Hochbahn/BeNex („Quersubventionen?“) sicherlich ebenso wenig schaden, wie der Blick auf die S-Bahn, insbesondere mit ihren Qualitätsmängeln auf der S 3 nach Stade.

"Juhu-Wort", "Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens" oder ökosoziale Alternative?

„Alternative“ Nachhaltigkeit als strategisches Politikfeld der LINKEN

Verbrauch planetarer Ressourcen und Einführung des Begriffes

Weltweit werden mehr Ressourcen verbraucht als die Erde erneuern kann, wobei der Anteil der entwickelten Industriestaaten des Westens daran etwa 80% beträgt.

Vor dem Hintergrund der sich gegenüber ökologischen Krisenerscheinungen formierenden Umweltbewegung der 1970er und 1980er Jahre, die Handlungsdruck auf Politik und große Konzerne ausübte, führte der Brundtlandbericht 1987 den Begriff der "nachhaltigen Ent-

wicklung" - im Sinne einer dauerhaft tragfähigen globalen zivilisatorischen Entwicklung - in politische Auseinandersetzungen und Diskussionen ein. Die UNCED-Konferenz 1992 formulierte dann detaillierte Ziele und Handlungsmaßnahmen zur Sicherstellung nachhaltiger Entwicklung in verschiedenen Bereichen (1).

Da der Begriff von Anfang an eher konsensual angelegt war und auf Entschärfung sich entwickelnder Konflikte zielte, wurde er nachfolgend von sehr unterschiedlichen Akteuren aufgegriffen - von Umweltaktivisten über politische Parteien bis zu großen Konzernen -, die ihre jeweiligen Ziele als "nachhaltig" darstellten: jeder legte den Begriff zugeschnitten auf eigene Absichten aus.

Kritik von links

Da der Begriff dann in manchen Fällen regelrecht als eine Art begrifflicher Seifenblase oder Nebelkerze zur Verschleierung tatsächlicher Konfliktlinien missbraucht wurde und wird, indem z.B. die chemische Industrie bestimmte Produkte unter dem Etikett vorgegeblicher - aber nicht tatsächlicher - "Nachhaltigkeit" anpreist, aber auch Regierungen und politische Parteien manchmal Maßnahmen Bürgern als vorgeblich "nachhaltig" verkaufen und von anderen Verwendern des Begriffes, z.B. Propagandisten einer "ökologischen Marktwirtschaft", System- und Herrschaftsbarrieren, die tatsächlich nachhaltigen Zielen entgegenstehen, nicht thematisiert werden, ist er auch Kritik ausgesetzt. So wurde er von manchen linken Autoren als "Strategie der modernen Herrschaftssicherung", "Baustein für ein neues hegemoniales Projekt" (2) oder "Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens" (3) kritisiert oder als "Juhu-Wort" verspottet (4).

Aspekte dieser Kritiken sind aus linker Perspektive berechtigt, wo sie sich auf Instrumentalisierung des Begriffes Nachhaltigkeit für die Durchsetzung von Interessen herrschender Machteliten in Politik und Wirtschaft beziehen. Doch ein Beweis, dass die Nachhaltigkeitsziele etwa falsch oder unerfüllbar sind, wurde nicht erbracht.

Nimmt man Nachhaltigkeitsziele ernst, lässt sich auch feststellen: "Der Nachhaltigkeitsdiskurs setzt genau dort an, wo Marx' Analyse der Mensch - Mensch und Mensch - Ökonomie-Beziehungen aufgehört hat. Zu dem von Marx und Sozialisten in den Vordergrund gestellten normativen Ziel der sozialen Gerechtigkeit fügt die Nachhaltigkeit das normative Ziel von Generationengerechtigkeit hinzu" (5).

Nachhaltigkeitsziele sind linke Ziele

Zielformulierungen von Nachhaltigkeit beinhalten Wertvorstellungen intra- und intergenerativer Solidarität (innerhalb und zwischen Generationen, zwischen Nord und Süd / entwickelten westlichen Industrieländern und wenig entwickelten oder Schwellenländern etc.), Beachtung natürlicher Begrenztheit planetarer Ressourcen, gerechte Verteilung und Nutzung von Gütern und Dienstleistungen, medizinischer Versorgung, Bildung usw. und treffen sich damit substantziell mit linken politischen Zielen und Werten.

Es erscheint daher für DIE LINKE nicht sinnvoll, den Nachhaltigkeitsdiskurs in der politischen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit anderen und politischen Gegnern zu überlassen - tatsächlich nachhaltige Wertvorstellungen und Ziele sind links!

Nachhaltigkeit als strategisches Politikfeld

Da umweltbezogene Werte und Handlungsziele in großen Bevölkerungsteilen Unterstützung finden, wurde und wird der Nachhaltigkeitsbegriff auch von herrschenden politischen und wirtschaftlichen Machteliten aufgenommen, um ihn mit deren Deutungen zu besetzen und Deutungshoheiten in die Öffentlichkeit zu tragen. Als Absicht ist dahinter erkennbar, eine Radikalisierung ökosozialer Kämpfe zu verhindern - zu vermeiden, dass Herrschafts- und Systembarrieren, die tatsächlicher Nachhaltigkeit entgegenstehen, thematisiert werden. "Der vormals kritische Diskurs des Ecodevelopment ... ist verwässert worden: Ökologische Vorschläge wurden immer stärker den Zielen ökonomischer Rationalität untergeordnet... es sind auch ganz neue Strategien entstanden, um in natürliche Prozesse einzugreifen" (6). Damit wird versucht, kapitalistische Organisation von Naturaneignung, Ökonomisierung von Natur, Organisation von Kapitalakkumulation und -verwertung so in dem Diskurs der "nachhaltigen Entwicklung" neu einzukleiden und ideologisch und medial zu inszenieren. Die angestrebte Besetzung und Deutungshoheit des Begriffes wird so für die Durchsetzung von Interessen eingesetzt (7).

Da mediale Inszenierung von Politik heute bedeutsam ist, liegt hier ein wichtiges strategisches Handlungsfeld für politische Akteure. Wird der Anspruch an Gerechtigkeit und Integration der Nachhaltigkeitsziele ernst genommen, wurde das nicht grundlos als der "vielleicht wichtigste gesellschaftliche Gegenentwurf zur neoliberalen Weltordnung"

bezeichnet (8). Auf der anderen Seite versuchen, wie dargestellt, herrschende Machteliten den Begriff zu besetzen, umzudeuten und für die Durchsetzung ihrer Interessen zu instrumentalisieren.

Sicher nicht ohne Grund denkt der Hamburger Senat über ein neues Leitbild für seine Politik nach, und auch nicht ohne Grund gibt es dabei Überlegungen, dieses mit dem Begriff "Nachhaltigkeit" zu verbinden (9).

1 €-Jobs sind jedoch nicht nachhaltig, sondern asozial, ein Kohlekraftwerk Moorburg ist nicht nachhaltig, sondern klimaschädlich, die Elbvertiefung ist nicht nachhaltig, sondern ökologisch schädlich und hochwassergefährlich, die Missachtung von Bürgerentscheiden ist nicht nachhaltig, sondern undemokratisch, giftigen Hafenschlick über die Stadt zu verteilen, ist nicht nachhaltig, sondern verantwortungslos...

Städte nehmen nur etwa 2% der Erdoberfläche ein, verursachen aber weltweit 3/4 der CO₂-Emissionen und verbrauchen 80% der globalen Ressourcen. Da inzwischen mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten lebt mit weiter ansteigender Tendenz, sind Städte Schlüsselräume für die Verwirklichung globaler Nachhaltigkeitsziele.

Tatsächliche Nachhaltigkeitsziele integrieren umweltbezogene, wirtschaftliche und soziale Wert- und Zielvorstellungen. Das Thema "Nachhaltigkeit" stellt damit nicht einfach ein Unterthema von Umweltpolitik dar - vielmehr stellt es auch Fragen nach sozialer Gerechtigkeit, demokratisch-ziviler Emanzipation, kulturellen und institutionellen Bezügen und sollte als eigenständiges politisches Querschnittsfeld begriffen werden. Entsprechend wurde das ursprünglichere 3-Säulen-Modell (ökologisch - ökonomisch - sozial) sinnvoll zu einem 5-Eck-Modell weiterentwickelt (ökologisch - ökonomisch - sozial - kulturell - (politisch) institutionell) (10).

Tatsächliche Nachhaltigkeitsziele integrieren diese Bereiche gleichrangig, nicht untergeordnet. Vor dem kurz dargelegten Hintergrund sind Nachhaltigkeitsziele damit auch insbesondere als begrifflicher Rahmen für die Formulierung linker politischer Werte und Ziele geeignet. DIE LINKE sollte daher das Thema Nachhaltigkeit als strategisches Handlungsfeld aufgreifen, den Begriff mit ihren Vorstellungen besetzen und offensiv in politische Diskurse kommunizieren.

Krisenerscheinungen im Zusammenhang mit der Nutzung planetarer Ressourcen stellen sich derzeit beispielhaft u.a. mit den Fragen des Klimawandels und der Begrenztheit der Ölvorräte dar. Beides erzeugt erheblichen Handlungsdruck in der Sache, ist aber auch geeignet, die Organisation der kapitalistischen Kapitalakkumulation und -verwertung grundlegend zu erschüttern (11). Auch sich abzeichnende Gefahren kriegerischer Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit Klimawandel und Ressourcen (12) machen das Thema Nachhaltigkeit zu einem zentralen strategischen Handlungsfeld der LINKEN.

Anmerkungen:

- (1) zur näheren Ausführung vgl. SERGEL, R.: Nachhaltigkeit und Politik - Ökologie ist politisch, Nachhaltigkeit ist links! Über Begriffe, Deutungshoheiten und die Durchsetzung von Interessen. - MITTENMANG (Mitteilungen des BV Hamburg-Mitte der Partei DIE LINKE), Juni 2008.
- (2) EBLINGHAUS, H. & A. STICKLER: Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development.- Frankfurt a.M., 1996.
- (3) BRAND, U. & C. GÖRG: "Nachhaltige Globalisierung"? Sustainable Development als Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens. - In: GÖRG, C. & U. BRAND (Hg.), Mythen globalen Umweltmanagements. Rio + 10 und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung, S. 12-47. Münster, 2002.
- (4) SCHANDL, F.: Zukunft eines Juhu-Wortes. - Junge Welt, 22. 12. 2003.
- (5) MASSARAT, M.: De-Globalisierung, Nachhaltigkeit und Chancengleichheit. - In: Ders., Kapitalismus, Machtungleichheit, Nachhaltigkeit, S. 134-162. Hamburg, 2006.
- (6) LEFF, E.: Die Geopolitik nachhaltiger Entwicklung - Ökonomisierung des Klimas, Rationalisierung der Umwelt und die gesellschaftliche Wiederauegung der Natur. - In: GÖRG, C. & U. BRAND (Hg.), Mythen globalen Umweltmanagements, S. 92-117, op. cit. (s. Anm. 3).
- (7) vgl. Anm. 1.
- (8) STANGENBERGER, J.: Nachhaltigkeit - Konzept, Grundlagen, Herausforderungen, Anwendungen. - In: UTOPIE kreativ, H. 174. Berlin, 2005.
- (9) vgl. Anm. 1.
- (10) vgl. Anm. 5.
- (11) diese These wird insbesondere in die Diskussion gebracht von ALTVATER, E.: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. - 5. Aufl., Münster, 2007.
- (12) vgl. dazu u.a. WBGU: Welt im Wandel - Sicherheitsrisiko Klimawandel. - Berlin, 2007.

Hamburg, 25.07.08
Rudolf Sergel

Termine in (und für) Mitte

Dienstag, 29.7., 17:00 Uhr:

Vorstandssitzung

Geschäftsstelle Kreuzweg 7

Mittwoch, 30.7. 19 Uhr:

Treffen der **BO Wilhelmsburg**

Bürgerhaus Wilhelmsburg

Mittwoch, 6.8., 19:30 Uhr:

Treffen der **BO St. Pauli**

Geschäftsstelle Kreuzweg 7

(jeweils 1. und 3. Mittwoch im Monat)

Samstag, den 9. August, 11 bis 14 Uhr,

Hiroshimatag 2008,

Kundgebung: "Hiroshima und Nagasaki

mahnen - unsere Welt atomwaffenfrei!",

Ort: Ida-Ehre-Platz (Mönckebergstraße),

Veranstalter: Hamburger Forum e.V.

Mittwoch, 20.8., 19:30 Uhr:

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg,**

Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

(jeweils dritter Mittwoch im Monat)

Mittwoch, 20.8., 19:30 Uhr:

Treffen der **BO St. Pauli**

Geschäftsstelle Kreuzweg 7

(jeweils 1. und 3. Mittwoch im Monat)

Freitag, 22.08., 18:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe Hamburgs Osten in Horn (!)**, genauen Ort bitte erfragen

Mittwoch, 27.8., 19 Uhr

Bezirksmitgliedertreffen

Drachenbau-Gemeinschaftsraum,

Schmilinskystraße 6 a

(siehe S. 1)

Montag, den 1. September, 17.30 Uhr:

Antikriegstag 2008, Demonstration, "Abrüstung statt Sozialabbau - Dem Frieden eine Chance - Truppen raus aus Afghanistan",

Auftakt: Antikriegsmahnmal von Alfred Hrdlicka

(Dammtordamm), Route: Mönckebergstraße, Ge-

werkschaftshaus, Reden u.a.: **Klaus Bullan** (GEW-

Vorsitzender Hamburg), **Cornelia Kerth** (Landes-

sprecherin Vereinigung der Verfolgten des Nazire-

gimes- Bund der Antifaschisten Hamburg, VVN-

BdA), Veranstalter: Hamburger Forum e.V.

Mittwoch, 3.9., 19:30 Uhr:

Treffen der **BO St. Pauli**

Geschäftsstelle Kreuzweg 7

(jeweils 1. und 3. Mittwoch im Monat)

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei:

www.die-linke-hh.de

Kontakt:

Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte:

Bezirksvorstand:

Festnetz

Handy

Mail

Verena Brachvogel	040 4397701		Verena.Brachvogel@gmx.de
Uwe (Carlo) Carstens	040 28542045		carlo@hamburglive.com
Babette Haß	040 500 900 67		babette.h@gmx.net
Tilman Rosenau (Mittenmang)	040 7134921		Tilman.Rosenau@tele2.de
Renate Twardzik	040 24 38 08		R.Twardzik@web.de
Christine Wolfram (Schatzmeisterin)	040 7545585		christinewolfram@alice-dsl.de
<i>nachrichtlich:</i>			
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur Mittenmang)	040-245740		stietz-leipnitz@t-online.de

Übrigens: Christine nimmt immer noch gerne Spenden entgegen!

Unser Konto:

DIE LINKE. Bezirksverband Hamburg-Mitte

Postbank Hamburg

Kontonummer: 852 539 206

Bankleitzahl: 200 100 20

Parteispenden können bis zu einem Betrag von 1650/3300 € (Ledige/Verheiratete) nach § 34 g EStG abgesetzt werden.

Antrag: Tafeln (Armenspeisung)

Antragstellerin: Beate Rau

Die Mitgliederversammlung des Bezirks Mitte möge beschließen:

- 1) Die Linke in Hamburg Mitte wird weder eigene Tafeln einrichten noch sich daran beteiligen.
- 2) DIE LINKE.Hamburg, Bezirk Mitte, fordert den Landesverband Hamburg auf, sich eindeutig zum Problem der Tafeln zu äußern und dazu wie folgt Stellung zu beziehen:

DIE LINKE. Hamburg kann und will trotz der immer öfter an sie heran getragenen Forderung Betroffener nicht dafür eintreten, dass es im Hamburg mehr so genannte „Tafeln“ (früher: Armenspeisung) geben soll. Wegen der Notlage vieler Menschen in unserer Stadt ist uns zwar klar, dass die „Tafeln“ derzeit manche Not lindern. Aber Aufgabe unserer Politik kann es nur sein, die „Tafeln“ überflüssig zu machen indem wir wieder für rechts- und sozialstaatliche Verhältnisse sorgen, die das Existenzrecht vor Barmherzigkeit und Mildtätigkeit setzen.

Caritas darf nicht zu einem *politischen* Prinzip gemacht werden. Dies würde politisch in der Konsequenz bedeuten, den Grund- und Menschenrechtsanspruch auf ausreichende Ernährung, Bekleidung und Unterbringung aufzugeben.

Begründung:

Auf Grund der wachsenden Armut, die auch Unterversorgung mit Lebensmitteln zeitigt, steigt die Zahl derer, die die auf "privaten" Spenden basierende Armenspeisung der TAFELN in Anspruch nehmen. Seit Einführung von Hartz IV mussten die Leistungsberechtigten einen Kaufkraftverlust von 125 Euro/Monat hinnehmen.

In ihrer Not wenden die Betroffenen sich inzwischen auch an Parteimitglieder mit der Forderung, sie sollten sich für eine ausreichende Lebensmittelversorgung über die z.T. schon heute überforderten TAFELN einsetzen.

Ohne die durch eine verfehlte Sozialpolitik verursachte Not zu unterschätzen und ohne das ehrenamtliche Engagement bei den TAFELN gering zu schätzen – das Gegenteil ist der Fall -, denken wir, dass es für DIE LINKE ein politisch verhängnisvoller Weg wäre, wenn sie sich daran beteiligen würde, originär staatliche Aufgaben der Grundversorgung in die politische Unverbindlichkeit privater Mildtätigkeit abzuschieben.

Aufgabe einer linken emanzipatorischen Politik kann es nur sein, für einen Sozialstaat zu streiten, der die ihm obliegenden verfassungsmäßigen Aufgaben wahrnimmt. Hierzu zählt prioritär die Forderung der sozialen Initiativen und der LINKEN Landesverbände Hessen und Hamburg nach einem repressionsfreien, bedarfsorientierten Regelsatz von nicht weniger als 500 Euro/Monat.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.